

Der Funke

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechs mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 58 A

BERLIN • Mittwoch, den 9. März 1932

1 JAHRGANG

Sturm über Asien?

Von Alexis Baranoff.

Wir erhalten heute den folgenden Bericht (vom 15. Februar 1932) unseres in Schanghai lebenden Mitarbeiters. Die Redaktion.

1. Tschapeh.

Der Kampf zwischen japanischen Landungstruppen und chinesischen Soldaten in und um Tschapeh ist eines der grauhaftesten und barbarischsten Geschehnisse unserer Zeit. Tschapeh, ein unter chinesischer Verwaltung stehender Stadtteil Schanghais, mit einer orientalisches dicht zusammengepackten, meist proletarischen Bevölkerung, ist schon über 14 Tage der Schauplatz einer mit Artillerie, Fliegerbomben und Maschinengewehren geführten erbitterten Schlacht. Die Detonationen der schweren japanischen Bomben, der Geschützdonner und das Knattern der Maschinengewehre steigen mitunter zu einer Stärke an, die wir aus dem Weltkrieg kennen. Tschapeh hat tagelang gebrannt (Wirkung besonderer Brandbomben); ganze Straßenzüge sind durch Feuer und Granaten vernichtet worden; die Bevölkerung ist in den ersten Tagen massenweise umgekommen, sie ist später ebenso massenweise geflohen; chinesische und japanische Räuberbanden haben die von der Polizei verlassene Gegend plündernd und mordend durchzogen; es haben all die Scheußlichkeiten stattgefunden, die durch Straßenkämpfe fast unvermeidlich herbeigeführt werden; denn wo jedes Haus, jede Ecke eine Deckung bietet, ist eine Unterscheidung zwischen Soldat und Nichtsoldat unmöglich; wahlloses und brutales Niederschießen und Niederstechen der verängstigten Bevölkerung ist das Ergebnis. Wie weit all die Gerüchte über bestialische Zusammenstöße der Japaner, besonders der japanischen Zivilisten, wahr sind, ist nicht zu entscheiden. Einige sind durch zuverlässige Augenzeugen bestätigt und zeigen einen Grad von Sadismus oder zynischer Gefühllosigkeit, den man für gewöhnlich von Menschen nicht erwarten würde. Ueber einem Lager, das über 10 000 Flüchtlinge enthielt, die durch die große Ueber-schwemmung im Sommer vorigen Jahres aus ihrer Heimat vertrieben waren, sind dreimal hintereinander Bomben abgeworfen worden. In ihrer Angst sind die meisten aus dem Lager geflohen, 50 Personen — meistens Kranke und Altersschwache — sind getötet worden. Viele der Bewohner Tschapehs sind in die angrenzende internationale Stadt, die französische Konzession und in chinesische Stadtteile geflohen. 600 000 der mehr wohlhabenden Chinesen haben Schanghai ganz verlassen. Die Flüchtlinglager sollen angeblich 30 000 der Obdach- und Mittellosen enthalten. Die Polizei beabsichtigt, auch diese 30 000 allmählich „abzuschieben“. Wie viele durch die Beschießung oder durch Hunger, Kälte und Seuchen in Tschapeh umgekommen sind und jetzt noch stündlich umkommen, weiß man nicht. Im Augenblick, wo ich das schreibe, dauert diese Hölle schon zwei- einhalb Wochen, und noch immer heißt es, daß die Hauptaktion — ein Sturmangriff der Japaner auf die bisher unbezwingenen chinesischen Stellungen — erst kommen wird. Am 14. Februar ist eine neue japanische Division in Schanghai gelandet worden.

2. Was bezwecken die Japaner in Schanghai?

Die Vorgeschichte und die Begleitumstände dieser Ereignisse zeigen mit großer Deutlichkeit, wohin die Dinge im Fernen Osten gehen.

Mitte Januar fanden in Schanghai zwei Zusammenstöße zwischen chinesischem und japanischem Mob statt (die japanische Bevölkerung Schanghais beträgt etwa 30 000). Es gab auf beiden Seiten Verwundete und Tote. Diese Gelegenheit benutzten die Japaner, um ein Ultimatum zu stellen, in dem sie als wichtigsten Punkt die Unterdrückung des gegen sie gerichteten Handelsboykotts verlangten. Dieser Boykott, der seit Juli besteht und durch die Ereignisse in der Mandschurei eine erhebliche Steigerung erhielt, hat den japanischen Handel in China fast ganz zum Stillstand gebracht und den Japanern große Verluste zugefügt. Man muß ferner beachten, daß der Boykott eine organisierte und mit Zwangsmitteln arbeitende Aktion ist, denn die leitende Boykott-Vereinigung, obgleich eine rein private Gruppe, verhängt Geldstrafen, führt Warenbeschlagnahmungen und Verhaftungen aus.

Für die Japaner, deren militärische Besetzung der Südmandschurei zu einem gewissen Abschluß gekommen war, handelte es sich jetzt darum, den Boykott zu brechen und darüber hinaus mit der chinesischen Regierung zu einer allgemeinen vertraglichen Festlegung der durch Waffengewalt erzwungenen Änderungen zu gelangen.

Nach einer Beratung mit der Regierung in Nanking erklärte sich der chinesische Bürgermeister des chinesischen Teils von Schanghai bereit, das Ultimatum bedingungslos anzunehmen. Der japanische General-Konsul bezeichnete diese Erklärung als befriedigend. Trotzdem beschloß der japanische Admiral, der inzwischen Truppen gelandet hatte, den chinesischen Stadtteil Tschapeh zu besetzen. Er begründete diesen Entschluß damit, daß dadurch der Schutz der japanischen Bevölkerung gewährleistet werden solle, und dieser Schutz sei erforderlich, weil auch die Chinesen inzwischen um Schanghai herum Truppen konzentriert hatten und Befestigungen auszubauen begannen. In

Der Donauebund-Plan.

i Genf, 7. März.

Nach der französischen Denkschrift, die heute den europäischen Mächten überreicht worden ist, baut sich der französische Plan des Donauebundes, wie es heißt, auf folgenden vier Punkten auf:

1. Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei treten in enge wirtschaftliche Verbindung auf Grund von Abkommen, in denen die wirtschaftlichen Beziehungen dieser Staaten für die Zukunft neu geregelt werden.

2. Der Beitritt der übrigen Donaustaaten, jedoch nicht Polen, zu dieser Staatengruppe ist zulässig, jedoch bilden die drei erstgenannten Staaten die Grundlage des angestrebten engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaumächte.

3. Die französische Regierung erklärt sich bereit, diesen Staaten im Falle der praktischen Durchführung des Planes finanzielle Hilfe zu gewährleisten.

4. England, Italien, Frankreich und Deutschland verpflichten sich gegenseitig, aus den wirtschaftlichen Vorteilen, die sie der neuen Gruppierung der Donaustaaten, besonders auf zollpolitischem Gebiet, sichern, für sich keinerlei Sonder-vorteile in Anspruch zu nehmen. Sollte eine dieser vier Mächte einem der Donaustaaten auf zollpolitischem Gebiete besonderes Entgegenkommen zeigen, so dürfen hierdurch unter keinen Umständen Sondervorteile gezogen werden.

Wie weiter verlautet, vertritt die französische Denkschrift den Standpunkt, daß die Verhandlungen über den Zusammenschluß der Donaustaaten erst dann praktisch begonnen werden sollen, wenn eine vollständige Uebereinstimmung zwischen Frankreich, England, Italien und Deutschland zustande gekommen ist.

Wie es heißt, steht Italien dem Plan grundsätzlich sympathisch gegenüber. Von der englischen Regierung liegt noch keine offizielle Stellungnahme vor; die französischen Vorschläge werden erst eingehend geprüft. Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ meint, Englands Zurückhaltung sei dadurch zu erklären, daß es England heute mehr auf Deutschland als auf die Donaualänder ankomme. Man hege in England den Verdacht, daß TARDIEU weit mehr politische als wirtschaftliche Ziele verfolge.

„Daily Herald“ bemerkt, die an und für sich erstrebenswerte wirtschaftliche Annäherung der österreichischen Nachbarstaaten könne durch einfachere Mittel erreicht werden als durch den zweifelhaften Plan TARDIEUS. England könne die Meistbegünstigungsklausel nicht aufgeben, ohne zu wissen, was es dafür erhalte.

Ein schöner Erfolg.

Sieg der Einheit.

H. D. In der Humboldt-Deutz-Motoren-AG, Werk Köln-Kalk, fanden Arbeiterratswahlen statt. Nach einem erbitterten Wahlkampf kam folgendes Ergebnis zustande: Von 886 Wahlberechtigten beteiligten sich 90 Prozent an der Wahl. Es erhielten:

Deutscher Metallarbeiterverband	329 Stimmen.
Christlicher Metallarbeiterverband	177 Stimmen.
Gelber Werkverein	149 Stimmen.

Nach der Mandatsverteilung hat der Deutsche Metallarbeiterverband die absolute Mehrheit im Arbeiterrat.

An dieser Wahl ist vieles bedeutsam. Im November vorigen Jahres führte die Belegschaft einen mehrwöchigen Kampf durch, der einen unglücklichen Verlauf nahm. Ueber 200 Mitglieder des DMV. wurden nicht wieder eingestellt, darunter

der Nacht vom 28. auf den 29. Januar drangen die Japaner vor und stießen auf den — vermutlich unerwarteten — Widerstand der 19. chinesischen Armee. Auch heute noch ist die gegenseitige Stellung der Truppen im wesentlichen dieselbe, wie zu Beginn. Die Japaner haben ferner die am Yangtze gelegene chinesische Befestigung Wusung angegriffen. Auch hier begegnete ihnen ein unerwarteter Widerstand, jedoch ist es ihrer tagelangen Beschießung gelungen; die Wusunger Geschütze unbrauchbar zu machen, sodaß die neue aus Japan herbeigeholte Division ungehindert nach Schanghai gelangen konnte.

3. Die Sache Chinas.

China ist zweifellos an einem entscheidenden Wendepunkt seiner Geschichte angelangt. Es tritt in diese Periode ein unter der Führung einer korrupten und innerlich bankrotten Partei — der Kuomintang, die während der 5 Jahre ihrer in Nanking ausgeübten Herrschaft die innere Kraft der chinesischen Nation gebrochen und durch Selbstsucht und Unfähigkeit das Land ruiniert hat. Um China vor dem Imperialismus Japans — und des Westens! — zu schützen und zu befreien, müßte erst Chinas unterdrückte und ausgebeutete Bevölkerung befreit werden. Aber da diese Befreiung nie und nimmer von der Kuomintang unter-

AUS DEM INHALT:

- Brand gestorben.
- Die Presse Spaniens.
- Die Affäre der Compagnie Transatlantique.
- Politische Prozesse.
- Der Weg ins Leben.
- Zentrum und nationale Opposition.
- Naziforderungen an die Regierung.
- Geschäftsbericht der Arbeiter-Bank.

Von maßgebender ungarischer Seite wird zu den französischen Donauebund-Plänen erklärt, daß die ungarische Regierung bereit sei, dahingehende Vorschläge zu prüfen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die ungarische Regierung derartigen Plänen nur dann zustimmen könne, wenn die grundsätzlichen, durch die Friedensverträge bedingten rechtlichen Vorbehalte Ungarns nicht beeinträchtigt würden. Ferner könne die ungarische Regierung an diesen Plänen nur dann mitarbeiten, wenn die uneingeschränkte Zustimmung sämtlicher europäischen Großmächte vorliege.

Von ungarischer Seite wird noch geltend gemacht, daß die vielfachen Versuche der vergangenen Jahre, auf dem Wege von Vorzugszöllen und Kontingentierungen zwischen den Donaustaaten zu einer Ueberwindung der schweren wirtschaftlichen Notlage zu gelangen, nicht zu dem gewünschten Erfolge geführt hätten, sodaß durchaus zweifelhaft erscheine, ob ein wirtschaftlicher Zusammenschluß der Donaustaaten auf dieser Grundlage als ein entscheidender Schritt zur Ueberwindung der Krise angesehen werden könne.

auch alle bisherigen Arbeiterratsmitglieder. Im Betrieb setzte nun eine tolle Werbung für den gelben Werkverein ein, der „bis heute“ auf 240 Mitglieder gebracht hat. Wie sehr die Arbeiter unter Druck in diesen Verein gehen, beweist die Tatsache, daß bei der Wahl nur 149 Stimmen für den Werkverein abgegeben wurden.

Noch eins zeigt die Wahl: die RGO hatte keine eigene Liste aufgestellt. Die Einheit der sozialistischen Arbeiter im Betrieb war also hergestellt. Der Erfolg war die Erreichung der absoluten Mehrheit.

Grubenunglück in Japan.

c Tokio, 7. März.

Auf einer Grube in Fukuoka (Provinz Kjuschiu) ereignete sich eine Explosion von Grubengasen, der, wie man befürchtet, 18 Bergleute zum Opfer gefallen sind. Fünf Leichen wurden bereits geborgen.

nommen werden wird, so sind auch die Aussichten für einen erfolgreichen Kampf äußerst gering.

Wenn die chinesische Regierung im Fall von Schanghai ein scheinbar anderes Verhalten zeigt, als im Fall jener Preisgabe der Mandschurei, so gibt es mehrere Gründe hierfür (obgleich eine vollständige Klarheit darüber noch nicht zu erwarten ist): es geht das Gerücht, daß der Kampf der chinesischen 19. Armee ein Glied im Rahmen jener Zwistigkeiten zwischen verschiedenen Kuomintang-Cliquen ist. Dieses Gerücht ist demontiert worden, wobei erklärt wurde, daß auch Nanking sich an der Finanzierung des Krieges beteilte. Wie dem auch sei, es ist eine Tatsache, daß Nanking noch immer (Also am 15. Februar. Red.) „freundschaftliche“ diplomatische Beziehungen zu Japan unterhält und anscheinend zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit ist. Auf der anderen Seite ist es offenbar, daß ein militärischer Widerstand gegen Japan dem schon reichlich mitgenommenen Ansehen der Kuomintang innerhalb von China zuträglich sein wird. Die Empörung gegen Japan und gegen die Mißwirtschaft der Kuomintang hat sowieso schon den stärksten Konkurrenten der Kuomintang, den Kommunisten, einen großen Aufschwung gegeben, und ein bedingungsloses Nachgeben gegenüber Japan

könnte vielleicht zu einer anti-japanischen Massenbewegung führen, deren Führung die Kommunisten hätten. Das, worauf die Kuomintang hofft, ist ohne Intervention der westlichen Mächte. Und gerade in dieser Hoffnung spricht sich am deutlichsten der politische Bankrott dieser Partei aus: nicht, daß die Hoffnung unbegründet wäre, oh nein, aber die Westmächte werden in einer Weise intervenieren, die für die Kuomintang wenig ehrenvoll sein wird.

4. Die „Rettung“ Chinas.

Ob der Völkerbund und die Vereinigten Staaten China helfen können, soll hier nicht untersucht werden. Offensichtlich ist, daß sie es jetzt nicht wollen, und zwar nicht nur aus dem Grunde, weil ein Krieg gegen Japan unter den heutigen Verhältnissen eine Katastrophe wäre (eine Erklärung, die vor den Ereignissen in Schanghai viel für sich hatte), sondern auch aus dem Grunde, weil sie am Fortbestehen des heutigen politischen Regimes in China nicht interessiert sind. Das Verhalten der Mächte während der letzten 14 Tage legt diese Vermutung nahe. Schanghai internationale Stadt ist der Ort gewaltiger Kapitalinvestitionen und Handelsinteressen des Westens. Und der sich nur wenige hundert Meter weit in Tschapeh abspielende Krieg bedeutet eine große Schädigung für diesen Handel. Trotzdem beschränken sich die Mächte auf Garnisonverstärkungen und laue Proteste, während anzunehmen ist, daß eine mit der ganzen Autorität der amerikanischen und britischen Flotte vorgebrachte Warnung an Japan, sich auf die Mandschurei zu beschränken, den Dingen hier einen ganz anderen Lauf geben könnte. Der Standpunkt der Westmächte (zum mindesten Großbritanniens) wurde mit hinreichender Deutlichkeit am 4. Februar von der führenden und häufig offiziösen englischen Zeitung Schanghai folgendermaßen formuliert:

„Alles, was die chinesischen Truppen zu dem selbstmörderischen Irrsinn verleitet, den Japanern Widerstand zu leisten, oder die Hoffnung nährt, daß eine Intervention von Außen die unvermeidlichen Folgen der jetzt begonnenen militärischen Aktion abwenden könnte, ist schädlich für Chinas wahre Interessen. Es ist möglich, daß in Zukunft ein Teil des jetzt verlorenen Bodens durch internationale Zusammenarbeit wiedergewonnen werden könnte. Es ist sogar möglich, daß der Schaden, den sich China durch fortgesetzte politische Unfähigkeit selbst zugefügt hat, wiedergutmacht werden könnte. Das kann jedoch nicht so rasch geschehen, noch wäre es angebracht, jetzt zu handeln, auch wenn es möglich wäre. Es handelt sich vorläufig nur darum, die gespannte Situation zu klären . . .“ („North-China Daily News“, 4. Februar 1932.)

Diese „kalte Dusche“ für China (so lautet der Titel des zitierten Leitartikels) zeigt deutlich, daß Großbritannien zunächst einmal es Japan überläßt, die schmutzige Arbeit zu machen, d. h. China durch Kanonen und Bomben „verhandlungsfähig“ zu machen. Erst dann wird eine internationale Konferenz versucht, den japanischen Büttel zu verdrängen, und China in den Zustand zu versetzen, wo der durch „eigene politische Unfähigkeit“ verursachte Schaden wiedergutmacht werden kann. Kolonie? Es sieht so aus, auch wenn das Wort vermutlich vermieden werden wird. Einen sehr hohen Preis wird die Kuomintang für die Auslieferung Chinas an die Mächte nicht verlangen können, denn sie ist eingeklemmt zwischen dem „Teufel“ des Imperialismus und der „tiefen See“ der in China heranreifenden Revolution.

Ob freilich dieser „Rettungsplan“ zustande kommt, ist eine andere Frage. Es kann sein, daß die Revolution ihm zuvor kommt. Dann schlägt noch einmal die Stunde für Japan. Und auch Sowjet-Rußland wird dann schwerlich neutral bleiben können.

Dann bricht jener Sturm über Asien aus, den die Diplomaten heute noch meistern zu können glauben.

Neueste Meldungen aus China.

Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Konsularausschuß in Schanghai hat am Montag in einem Telegramm nach Genf eingehend über die militärischen Vorgänge seit dem 1. März berichtet. Der Bericht bestätigt im wesentlichen die Schilderungen, die der chinesische Vertreter YEN im Völkerbund abgegeben hat. Bereits am 1. März habe das chinesische Oberkommando den Befehl zum allgemeinen Rückzug gegeben, die japanischen Truppen seien den chinesischen unmittelbar gefolgt und hätten gerade in den vergangenen Tagen wieder neue Gebiete besetzt.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelteller-Verlag, Berlin

(57. Fortsetzung.)

Vermutlich wird nur das Chaos heraufbeschworen, meine Herren! Der Bolschewismus als Schlußpunkt hinter dem Chaos, das die „Union“ so wenig wünscht wie wir! Sie möchten doch in Paris eine Regierung Brandt sehen, nicht wahr? Deutschland hat nicht das geringste dagegen! Im Gegenteil! Mit Herrn Brandt werden wir gütlich arbeiten! Nun, Saint Brice stürzt um so sicherer, je mehr sich der außenpolitische Druck für Frankreich steigert! Verstehen sie mich, meine Herren? Der Druck von Italien her und die kühle Haltung vom Rhein her müssen zusammenwirken, Saint Brice zu Fall bringen. Der Kampf wird in Paris entschieden! Brandt oder Saint Brice! Wenn Sie jetzt mit Generalstreik kommen, gibt möglicherweise Saint Brice klein bei, alles schwingt ins alte Gleichgewicht zurück, falls nicht, wie gesagt, das Chaos allen die Rezepte verdirbt!”

Das Komitee wurde schwankend. Dem klugen Reichskanzler war schwer zu widersprechen. Zum Schluß kam die Kompromißformel heraus: Die deutsche Regierung mischt sich in keiner Weise in den französisch-italienischen Streit ein. Krieg liegt für Deutschland außerhalb jeder Zielsetzung. Deutschland behält sich vor, sich einer allgemeinen Boykottbewegung gegen einen Friedensbrecher anzuschließen. — Berlin war an diesem Vormittag, dank der geschickten Taktik des Reichskanzlers, in ruhiger Stimmung.

In Wien und Budapest war es zu ähnlichen Abmachungen mit der „Union“ gekommen. In Kopenhagen, Brüssel und im Haag hatten die Regierungen die englische, entschledener Formel vorgezogen, die wirksamer schien gegen das anschleichende Kriegsgespenst.

Reuter meldet, daß am Montag in Wusung eine japanische Division in Stärke von 14 000 Mann gelandet sei.

In Schanghai werden japanische Meldungen verbreitet, nach denen japanische Beobachtungsflugzeuge seit Sonnabend große chinesische Truppenkonzentrationen beobachtet haben. Man schließt daraus auf einen großangelegten chinesischen Gegenangriff.

Das chinesische Oberkommando teilt mit, daß die Japaner auf der Strecke Nanking—Schanghai mehrere Ortschaften besetzt hätten. Das chinesische Oberkommando behauptet, aus Tokio sei der Befehl an die japanischen Truppen eingetroffen, Nanking von der Land- und Seeseite aus anzugreifen. 80 000 Mann japanischer Truppen seien zu diesem Zweck zusammengezogen worden. Japanische Pioniere arbeiten fieberhaft an dem Wiederaufbau der durch Bomben zerstörten Eisenbahnstrecke Nanking—Schanghai, auf der japanische Truppen befördert werden sollen.

Maßgebende chinesische Stellen haben die Beteiligung Chinas an einer Konferenz zur Beseitigung der Streitigkeiten mit Japan jetzt endgültig abgelehnt.

Aus Nanking laufen widersprechende Berichte über TSIANGKAISCHER ein. Die einen besagen, TSIANGKAISCHER sei im Begriff, sich an die chinesische Front zu begeben, um, wenn nötig, den Kampf gegen die Japaner wieder aufzunehmen, während andere Meldungen dahin gehen, daß er seine Beziehungen zu der chinesischen Regierung vollkommen abbrechen gedenke. Auf Grund dafür seien die gegen ihn erhobenen scharfen Angriffe, daß er seine Unterstützung von den chinesischen Truppen Schanghai zurückgezogen habe. TSIANGKAISCHER macht dagegen geltend, daß er niemals Bestimmungen über die militärischen Angelegenheiten gehabt habe, da er kein Regierungsmitglied sei.

Gegen imperialistische Räuberellen.

Eine nachahmenswerte Versammlung.

W. H. Bremen, 6. März.

Eine gutbesuchte Versammlung veranstalteten die pazifistischen Organisationen Bremens gegen die Räuberellen Japans in der Mandschurei und in China. Es sprachen der Verfasser des bekannten Buches: „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“, LEHMANN-RUSSBÜLDT, und die Chinesin CHIYIN CHEN.

LEHMANN-RUSSBÜLDT brachte ausgezeichnetes Material darüber, wie stark die Rüstungsindustrie an kriegerischen Auseinandersetzungen interessiert ist. Einige Beispiele: Während des Weltkrieges hat jede Tötung eines Soldaten durchschnittlich 100 000 Mark gekostet. Die Rüstungsindustrie hat an jedem gefallenen „Vaterlandsverteidiger“ 50 000 Mark Profit gemacht. Allein an Artilleriemunition sind während des Weltkrieges 37 Milliarden Mark verschossen worden. — LEHMANN-RUSSBÜLDT ging in seinen Ausführungen so weit, allein die Rüstungsindustrie für den Japan-China-Konflikt verantwortlich zu machen. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die Rüstungsindustrie an kriegerischen Entwicklungen stark interessiert ist, so finden damit die Angriffe Japans gegen China noch keine erschöpfende Erklärung. Es liegt genügend Material darüber vor, daß auch andere wirtschaftliche Interessen Japans auf dem Spiele stehen. Am Schluß seiner Rede sprach LEHMANN-RUSSBÜLDT ganz klar das aus, was heute leider auch in sozialistischen Kreisen oft nur sehr verschwommen zum Ausdruck kommt: Es gibt für uns keine Front Japan gegen China oder Deutschland gegen Frankreich; der Internationale der Unterdrückten, derjenigen, die am Krieg profitieren, muß die internationale Front derjenigen, die die Kosten zu tragen haben, der werktätigen Bevölkerung der ganzen Welt entgegengestellt werden.

CHIYIN CHEN zerflückte die demagogischen Versuche der japanischen Räuber, ihr Vorgehen in China zu rechtfertigen. Ein Beispiel: Japan behauptete, daß es bei seinen Angriffen gegen China keine Verträge durchbrochen habe, da die Völkerbundsverträge nur für zivilisierte Staaten gelten. China gehöre nicht zu ihnen. Die erste Tat Japans nach der Eroberung der Mandschurei war die Schaffung eines Opium-Monopols.

CHIYIN CHEN nannte Maßnahmen, durch die das europäische Proletariat China in seinem Befreiungskampf gegen die

imperialistischen Räuber unterstützen kann: Eine internationale Boykottbewegung gegen den Krieg — die Weigerung der Arbeiterschaft, Kriegsmaterial herzustellen und zu transportieren. — Das sind die Aufgaben, vor denen die europäische Arbeiterschaft steht. Die in den Gewerkschafts-Internationalen gefaßten Resolutionen sollen in die Tat umgesetzt werden. Es soll eine öffentliche Meinung gegen die japanischen Raubzüge geschaffen werden!

Briand gestorben.

BRIAND ist Montag nachmittag kurz vor 14 Uhr gestorben.

Am 28. März 1862 wurde ARISTIDE BRIAND in dem bretonischen Städtchen Saint Nazaire geboren. Nach einer Jugendzeit, die er unter einfachen Verhältnissen verlebte, begann er eine Karriere als Rechtsanwalt. Er wird Mitarbeiter einer sozialistischen Wochenschrift, schließt sich dem linken Flügel der sozialistischen Partei an. Seine Praxis hat Erfolg. „Wenn ich angeklagt wäre, die Türme von Notre-Dame gestohlen zu haben, ließe ich mich von BRIAND verteidigen“, sagte CLEMENCEAU von ihm.

1902 wird BRIAND zum ersten Mal durch seine Parteigenossen in die Kammer gewählt. Die Trennung von Kirche und Staat, die im Jahre 1905 erfolgte, ist im wesentlichen sein Werk, 1906 wird er an die Spitze des Unterrichtsministeriums berufen und übernimmt es damit, das Trennungsgesetz nun auch selber durchzuführen.

1909 wird BRIAND zum ersten Mal Ministerpräsident. Sturz und Wiederwahl wechseln in den nächsten Jahren häufig. Dem Sozialismus entfremdete er sich. Im Krieg und vor allem in den ersten Nachkriegsjahren dringt sein Einfluß nicht durch. Dann kommt der Aufstieg, sein Zusammenarbeiten mit STRESEMANN für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Dahinter steht ein weiter reichender Gedanke: Paneuropa. 1925 wird der Vortrag von Locarno abgeschlossen; 1926 findet die bekannte Aussprache zwischen BRIAND und STRESEMANN in Thoiry statt. Im Dezember 1926 erhalten STRESEMANN und BRIAND den Friedens-Nobelpreis. Aber im Lauf der nächsten Jahre tritt BRIANDS Einfluß mehr und mehr zurück, wenn er auch der Außenminister Frankreichs bleibt und im Jahre 1929 zum elften Mal Ministerpräsident wird. Die französische Reaktion, empört durch den steigenden deutschen Nationalismus, wendet sich gegen die deutsch-französische Verständigungspolitik, für die er eingetreten ist. 1931 fällt BRIAND bei der Wahl des Präsidenten der Republik durch; nur mit Mühe gelingt es, ihn als Außenminister zu halten. Zu Beginn dieses Jahres ist er „aus Gesundheitsrücksichten“ vom Posten des Außenministers zurückgetreten. Sein Einfluß war ausgelöscht.

Es war eine ungeheure Aufgabe, die BRIAND nach dem Weltkrieg auf sich genommen hat, aus dem Chaos, das dieser Völkermord hinterlassen hatte, den Weg zu einer ernsthaften und friedlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu finden. Er ist damit nicht durchgedrungen. Wie weit seine eigene Energie, die Festigkeit seiner Absichten versagt haben, wollen und können wir hier nicht prüfen; sicher ist eins, das wohl das größte Hindernis, auf das seine Friedensarbeit und die der französischen Linken gestoßen ist, auf Seiten derjenigen Deutschen gelegen hat, die es in ihrem nationalistischen „Dünkel“ nicht verstanden, den Ton der Verständigung zu finden.

Arbeitslosigkeit in England.

in London, 7. März.

Einer amtlichen Mitteilung des Arbeitsministeriums zufolge belief sich die Zahl der Arbeitslosen am 22. Februar 1932 auf 2 701 173, das sind 27 238 weniger als am 25. Januar 1932, aber 83 515 mehr als vor einem Jahr.

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Brandenburg.

In seinem Bericht für die Zeit vom 16. bis 29. Februar verzeichnet das Landesarbeitsamt Brandenburg einen Rückgang der Erwerbslosenziffer von 872 194 auf 864 207. Davon entfallen auf Berlin 606 040. Eine leichte Verbesserung der Arbeitsmarktlage wurde besonders in der Holzindustrie und im Bekleidungs- und Textilgewerbe verzeichnet. Dagegen nahm die Zahl der Arbeitslosen in der Landwirtschaft, dem Braunkohlenbergbau, dem Baugewerbe und der Textilindustrie weiter zu.

Albanier und Südslawen hielten Waffenruhe. Aber aus dem inneren Südslawien rollten im geheimen Truppentransporte gegen die italienische und bulgarische Grenze. Die Bulgaren ihrerseits verstärkten ihre Grenztruppen.

Italien war von der Außenseite abgeriegelt. Die ganze Nacht hindurch dröhnten die Geleise unter den Militärzügen, die durch Norditalien rasten.

Capponi verzichtete auf Belagerungszustand. Die faschistische Miliz in Stadt und Dorf machte ihn überflüssig. Mit eisernen Klammern war das Volk Italiens zusammengehalten. Ein reichliches Jahrzehnt völkischer Erweckung machte sich — so schien es — jetzt bezahlt.

Vor dem Palazzo Venezia sangen und jubelten die Schwarzhemden. Schweigend gehörte die Masse des Volkes. Der Duce empfing die ganze Nacht hindurch die Chefs der fremden Missionen, Offiziere, Staatssekretäre. Mit ruhigen Atemzügen arbeitete er an seinem mächtigen Renaissancefisch, diktierte, rief Befehle ins Telefon, während sein Ohr zugleich den Vorträgen seiner Unterarbeiter lauschte. Seine braunen Augen blickten in den fernsten Winkel des Landes, er hörte die leisesten Stimmen zwischen den Alpen im Norden und Afrika im Süden. Jede Nachricht, die aus Europas Funktürmen schwirrte, flatterte auf seinen Tisch, wurde von seinem Gehirn aufgesogen und verarbeitet.

Ein Erdteil zittert, stöhnt, fiebert. Italien gleicht einer gigantischen Maschine, deren Räder hemmungslos ineinander greifen, nur daß ihr Tempo beängstigend gesteigert ist.

Krieg? Capponi lächelt nicht mehr spöttisch. In den letzten zwanzig Stunden hat er das Lächeln verlernt. Er sieht, wie die Karten eines furchterregenden Spiels gemischt und verteilt werden, Nieten und Trümpfe. Jetzt entscheidet die Kaltblütigkeit, mit der die Staatsmänner ihre Gewinnchancen im Kontobuch einzutragen verstehen. Der Duce hat sein gestecktes Ziel erreicht: in Albanien steht das Landungskorps, die Luftflotte ist zum Angriff und zur Verteidigung versammelt, die Mobilmachung im Gang, ohne daß sie öffentlich verkündet wurde. Stolz und schweigend bougt sich das Volk unter die Faust seines Diktators.

Im Morgengrauen blickt Capponi zur Wandkarte hinüber. Nicht mehr nach Albanien; sein Auge hängt jetzt an

einem schwarzen Punkt im Nordwesten: Paris! Dort fallen die Würfel. Trotz verschlossener Grenzen weiß der Duce alles, was im Land des Nachbarn vorgeht. Aus der Feindschaft Saint Brice — Brandt trinkt Rom Herr neue Lebenskräfte. Nur zu! Frankreich soll sich selbst auffressen! Dann braucht Italien kostbares Blut nicht zu verströmen. Wenn Brandt heute in der Kammer den geriebenen Greis stürzt, ist nicht mehr zu befürchten! Ein Kabinett Brandt bedeutet Frieden! Opferlosen Sieg für Rom . . .!

Das Telefon zerschlägt die Gedankenbilder Capponis.

Eine Arbeitendeputation aus Mailand will empfangen sein! Mailänder Arbeiter? — Der Duce bekommt plötzlich gläuharte Augen. Jawohl, her mit den Leuten . . .!

Steckt also doch etwas hinter den gestrigen Meldungen? Daß in Mailand eine unbekannte Funkstation gehört wurde! Man hatte sie zunächst für eine der vielen Stationen gehalten, die im Zusammenhang mit den militärischen Vorbereitungen neu in Betrieb gesetzt waren. Aber der Ueberwachungsdienst hatte auch noch gemeldet, daß die Arbeiter einiger Mailänder Großbetriebe passive Resistenz gezeigt hätten! Konnte da vielleicht die berüchtigte Organisation der „Union“ ihre Hand im Spiele haben? In London, Berlin, überall hatten ja die Regierungen heute nacht mit diesen aufsässigen Burschen verhandelt!

Die drei Arbeiter werden vorgelassen, ein alter und zwei jüngere. Capponi geht ihnen mit Spähaugen entgegen, hebt sehr freundlich, wie er es immer zu tun pflegt, die Rechte zum Faschistengruß. Er zieht die Hand rasch wieder zurück. Die Arbeiter erwidern den Gruß nicht! Also gefährliche Rebellen!

Der Ältere beginnt seine Rede, höflich, selbstbewußt: daß die Mailänder Arbeiter mit wachsender Unruhe die militärischen Vorbereitungen verfolgen, daß diese alles andere als Begeisterung auslösen, daß in ganz Europa die werktätigen Schichten im Begriffe sind, ihre Stimmen zu erheben, und daß auch die Arbeiter Italiens nicht stumm bleiben dürften, wenn ihnen ohne zwingende Not der Strick um den Hals gelegt werden sollte.

(Fortsetzung folgt.)

Affaire der Compagnie Transatlantique.

G. K. Der Streit zwischen Senat und Deputiertenkammer über die Subventionen, die an die große französische Schiffahrtsgesellschaft „Compagnie Transatlantique“ gezahlt werden sollen, hat die Affairen dieser Gesellschaft wieder einmal in den Vordergrund des Interesses treten lassen.

Die Compagnie Transatlantique schloß das Geschäftsjahr 1930/31 mit einem Verlust von 31 Millionen Frs. ab, nachdem sie in den Vorjahren noch gute Dividenden bezahlt hatte (1929: 50 Frs., 1928: 80 Frs. pro Aktie). Als dieser Verlust bekannt wurde, wandte sich die Gesellschaft an die Regierung mit dem Ersuchen um finanzielle Unterstützung. Vom Juli 1931 ab hat die Regierung tatsächlich bei mehreren Gelegenheiten die Garantie für Anleihen übernommen, die der Transat gewährt wurden. Insgesamt soll es sich um Beträge von mehr als 1½ Milliarden Frs. handeln. Zwar hat die Regierung amtlich die Aufsicht über die Geschäfte der Gesellschaft übernommen, sie hat aber die alten Direktoren fast alle im Amt gelassen, hat nichts zur Sanierung der Transat getan, sondern im wesentlichen die Geschäftsgebahren beibehalten, die sie bei Übernahme der Kontrolle im Juli 1931 vorfand. Das Defizit der Transat wuchs so bis Ende 1931 auf 515 Millionen an. Die Deputiertenkammer beschloß die Übernahme der Staatsgarantie für eine weitere Anleihe von 160 Millionen. Diese Art der Subventionen wäre vielleicht dauernd so weiter gegangen, wenn nicht der Senat mißtrauisch geworden wäre. Er schuf eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit Transat. Auf Grund des Berichtes dieser Kommission verwarf der Senat den Beschluß der Deputiertenkammer und beschloß, der Transat einen Staatsvorschuß von 110 Millionen Frs. auf sechs Monate zu gewähren. Diese sechs Monate sollen dazu benutzt werden, eine gänzliche Neuorganisation der Transat vorzunehmen und die Staatskontrolle als ein Mittel wirksam zu machen, in Zukunft Verluste der Gesellschaft zu vermeiden.

Worauf beruhen nun diese Verluste? Die Rechte hauptsächlich natürlich, daß sie ausschließlich durch die Weltwirtschaftskrise verursacht seien. Der Bericht der Senatskommission gibt ein anderes Bild. Nach diesem Bericht befinden sich die Finanzen der Transat in einer ungläublichen Unordnung. Einzelne Ausgabenposten erscheinen zwei- bis dreimal, andere überhaupt nicht. Für die Leistung von fälligen Zahlungen, z. B. für Kohlen, ist keine Vorsorge getroffen. Das neue große Schiff, „Super-Ile de France“, wird, den Erklärungen der Direktoren zufolge, nicht etwa wegen eines besonderen Bedürfnisses oder wegen wirtschaftlicher Vorteile gebaut, sondern aus Prestigegründen, weil die Schiffahrtsgesellschaften anderer Länder sich auch solche Riesen-Luxusschiffe zulegen. Und warum tun es diese? Weil die großen Herren und Auftraggeber die Riesenkühe bevorzugen. Eine wahrlich phantastisch kostspielige Kundenwerbung. „Super-Ile de France“ erfordert

eine Auslage von rund 1 Milliarde Frs., und es ist gar nicht sicher, ob dieses Geld je wieder einkommen wird, wie der Vorsitzende der Regierungskommission selber mitteilte. Bei solchen riskanten Investitionen darf man sich nicht wundern, wenn die Gesellschaft in Krisenzeiten große Verluste erleidet. Da die Verantwortlichen und Beteiligten versuchen, die Angelegenheiten der Transat nach Möglichkeit in Dunkel zu hüllen, läßt sich einstweilen noch nicht mit Sicherheit feststellen, in welchem Umfange die Verluste dieser Gesellschaft auf Mißwirtschaft und nicht auf der Weltwirtschaftskrise beruhen. Aber daß die Bedenken des Senats voll und ganz gerechtfertigt waren, ist offensichtlich. Ob freilich die von ihm empfohlene Maßnahme eines kurzfristigen Vorschusses besser ist als die Politik der garantierten Anleihen, das ist eine andere Frage. Wahrscheinlich hat sich der Senat zu diesem Schritt auch nur darum bereiterklärt, weil die Unternehmer schon anfangen, das Druckmittel der Arbeiterentlassungen zu handhaben, um weitere Zuschüsse zu erhalten. Wie wir berichtet haben, drohten die Unternehmer mit der Entlassung aller Werftarbeiter in St. Lazaire, wo die Schiffe der Transat gebaut werden.

Was wird nun werden? Um darauf zu antworten, muß man die Gesamtlage der französischen Wirtschaft betrachten. Woher soll die Regierung die Gelder zu Vorschüssen und Anleihen nehmen? Sie hat so viel Geld in Subventionen am unrechten Ort verpulvert, daß sie schon in allernächster Zeit wieder zur Notenpresse greifen muß. Die Subvention für die Transat wird so zu einem kleinen Ausschnitt aus einer viel weiterreichenden Inflationspolitik. Besonders, da keine Aussicht dafür besteht, daß in sechs Monaten sich die Verhältnisse so gebessert haben werden, daß die Transat den Vorschuß von 110 Millionen zurückzahlen kann. Soweit man es bisher erkennen kann, will die Regierung versuchen, die französische Wirtschaft durch inflationistische Maßnahmen über die schlimmsten Untiefen der Krise hinwegzuzerren. Aber das bedeutet unter der kapitalistischen Regierung TARDIEU den Versuch, unwirtschaftliche Unternehmen wie die Transat künstlich über Wasser zu halten. Unternehmen, die schlecht geleitet werden oder die wegen ihres Umfanges zu schwerfällig geworden sind, um sich den Veränderungen der Wirtschaftslage anzupassen. Man wird bei dieser Politik jedenfalls auf lange Zeit hinaus nicht aus der Inflation herauskommen. Wird die französische Wirtschaft eine solche Politik aushalten können, ohne daß das Vertrauen gänzlich schwindet und eine neue Inflationspanik hereinbricht? Das ist die bange Frage, die sich dem Beobachter der französischen Wirtschaft aufdrängt. Die französischen Sparer sind mißtrauisch. Sie hamstern schon jetzt Gold. Was werden sie in dem Augenblick tun, wo sie die Notenpresse in Bewegung sehen, deren Tätigkeit dazu dienen soll, Unternehmen wie die Transat vor dem vielleicht wohlverdienten Bankrott zu bewahren?

Zentrum und nationale Opposition.

Aus den Wahlen.

Wenn man behauptet, daß man mit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit nur das System BRÜNING weiter habe retten wollen, so müsse er das als eine Kühnheit bezeichnen. Im Sommer 1930 habe HUGENBERG die Möglichkeit gehabt, die Regierung zu stürzen und damit automatisch diese oder eine andere Regierung nach rechts zu drehen. Diese Möglichkeit habe HUGENBERG ausgelassen. Ich neige nicht dazu, aus taktischen oder anderen Gründen eine Mehrheit im Reichstag aufzugeben, wenn auf der anderen Seite nicht die geringste Einigung, selbst in entscheidenden Fragen der Politik, herbeigeführt werden kann. Es hat sich gezeigt, daß die beiden Parteien der nationalen Opposition sich über keine Frage einigen konnten, nicht über die Person des Reichspräsidenten, nicht über den Reichskanzler, nicht über den Wehrminister und nicht über den Innenminister. Kann der Reichspräsident etwas dafür, daß sich die Rechte nicht einigen konnte, daß HUGENBERG nicht in die Verantwortung wollte, daß die Sozialdemokraten politisch klüger sind als die Rechte?

Gesetzt den Fall, HITLER würde Reichspräsident — ich spreche rein theoretisch —, was würde er dann verwirklichen: die Versprechungen, die er den Arbeitern gegeben hat oder die Versprechungen, die er den Wirtschaftsführern gegeben hat, die Versprechungen, die seine Freunde im Osten den Landarbeitern gemacht haben oder das, womit man den Großgrundbesitz des Ostens einfangen will? Will er außenpolitisch durchführen, was er Frankreich und der ausländischen Presse gesagt hat oder was er in früheren Kundgebungen gesprochen hat: wir Nationalsozialisten sind außenpolitisch nur halb so schlimm? (BRÜNING in Essen am 7. März.)

Die Nationalsozialisten müssen nächsten Sonntag geschlagen werden, dann müsse mit den Sturmabteilungen aller Art aufgeräumt werden. (STEGERWALD in Stuttgart am 7. März.)

Er schliddert hinein.

Was von BRÜNING für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise erwartet werden kann, zeigt der völlige Mangel an Erkenntnis seiner eigenen wirtschaftspolitischen, die Krise verschärfenden Fehler. Diesen Mangel hat er in Essen in folgender Aeüßerung offenbart:

„Ein falscher Schritt in diesen zwei Jahren, und es wäre nicht möglich gewesen, Deutschland vor dem Chaos zu retten. Wenn die Festigkeit der Verhältnisse gesichert ist durch die Wiederwahl des Reichspräsidenten von HINDENBURG, dann sind wir, das kann ich heute sagen, heraus aus der akuten Gefahr des Zusammenbruches.“

Die Hilflosigkeit der Wirtschafts-„Führung“ in Deutschland kann kaum schlagender demonstriert werden als durch die Hoffnung auf den in wirtschaftspolitischen Dingen völlig un erfahrenen Greis. Das Motto dieser Wirtschaftsführung: *wer da nicht sieht und doch glaubt*, der wird selig!

Wird die Arbeiterschaft mit hineinschliddern? Dem kann sie bei der Hilflosigkeit der Verantwortlichen nur durch eine eigene zielbewußte Wirtschaftspolitik entgehen, wie wir sie im „Funken“ vertreten haben und vertreten. Es hängt viel von dem bevorstehenden Krisenkongreß der Freien Gewerkschaften ab, ob dieser Weg beschritten werden wird.

KPD im Lustgarten.

h Berlin, 7. März.

Eine von der KPD für Dienstag, abend, 18 Uhr, im Lustgarten angesetzte Wahlkundgebung war vom Polizeipräsidenten wegen des späten Zeitpunktes mit der Begründung verboten worden, daß Kundgebungen mit Eintritt der Dunkelheit beendet sein müßten. Die KPD hat hierauf mit dem Polizeipräsidenten verhandelt und eine Genehmigung für 17 Uhr erwirkt.

Grimme und der Oberkirchenrat.

h Berlin, 7. März.

Minister GRIMME hat „nach Klärung einiger grundsätzlicher Fragen“ jetzt auf Mitte März die verschobene Besprechung mit dem Oberkirchenrat, über die Frage der Einsichtnahme in den Religionsunterricht, angesetzt.

Schulkinder als Streikbrecher.

h Berlin, 5. März.

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat anläßlich eines Einzelfalles entschieden, daß die Verwendung von Schulkindern zum Zwecke der Unterdrückung von Lohnkämpfen der landwirtschaftlichen Arbeiter

unzulässig, und daß es insbesondere mit der für Behörden gebotenen Neutralität unvereinbar sei, durch Verlegung von Schulferien in den Verlauf von Lohnkämpfen einzugreifen.

Kundgebung der Liga gegen Antisemitismus.

In dieser Woche hat in Paris unter dem Leitsatz: „Rettet die deutschen Juden vor der deutschen Hitlergefahr“ eine große Kundgebung der „Internationalen Liga gegen den Antisemitismus“ stattgefunden. Wie aus dem Programm hervorgeht, traten dabei 12 Franzosen (darunter die Kammerabgeordneten RENAUDEL und CHABRUN sowie ein nicht namentlich genannter Vertreter der deutschen „Eisernen Front“ als Redner auf.

Der Weg ins Leben.

Bl. Ein Film? Mehr als das! Wer den großen Russenfilm „POTEMKIN“ gesehen hat, in dem der heiße Atem der russischen Revolution weht, der wird auch den „Weg ins Leben“ mit jener Erschütterung erleben, wie nur große Kunstwerke sie bereiten.

Dieser Film berührt eines der schmerzlichsten Probleme, um deren Lösung Sowjet-Rußland jahrelang gerungen hat.

Rußland 1923: Durch Bürgerkrieg und Hungersnot entwurzelte Kinder und Halbwüchsige durchziehen zu Tausenden das Land. Heuschreckenschwärmen gleich überfluten sie Städte und Dörfer, Schrecken um sich verbreitend. Denn: wo sie auftauchen, da brandschatzen sie; sie rauben, was sie erwischen, plündern Läden, überfallen ihre Opfer auf offener Straße. Die Regierung scheint machtlos. Zwar werden Razzien veranstaltet, die aus den Straßenkellern und aus Höhlen, aus allen dunklen Schlupfwinkeln der Städte die „Verwahrlosten“ aufscheuchen sollen, um sie zu fassen und irgend wie einem geordneten Leben zuzuführen. Wie Tiere, die sich von ihrem Feind aufgestöbert sehen, feindselig, argwöhnisch sehen diese Kinder auf die Helfer der Regierung, in denen sie nur den Feind ihrer Freiheit erblicken. Und mit einer Wut, einer Leidenschaft ohne gleichen verteidigen sie diese traurige „Freiheit“, mit Kokain und Schnaps ihre von Hunger und Seuchen gezeichneten Körper völlig zugrunde zu richten. Die Regierung veranstaltet Razzien, Tausende werden aufgegriffen. Aber wohin mit ihnen? Kommissionen bilden sich, die für die Unterbringung in Heimen sorgen sollen. Aber die Fürsorge-Heime versagen. Die Jungen halten es dort nicht aus; sie brechen aus, immer wieder!

In einer dieser Kommissionen aber sitzt Einer, der erkennt: So geht es nicht! Nicht Fürsorge-Erziehung! Man muß einen besseren Weg finden! Und mit dem sicheren Instinkt, wie ihn nur geborene Erzieher haben, springt er die Jungen an, überwältigt sie, einzig und allein durch die Macht eines großen Vertrauens, dessen verpflichtende Schwere von den Jungen mehr gefühlt als erkannt wird. Aber es gelingt: dieser Haufe verkommener Straßenträuber willigt ein, mit

SERGEJ, dem Erzieher, in eine Fabrik zu gehen und eine Kommune aufzubauen — unter eigener Verwaltung. Ja, es gelingt, diese verwilderten Jungen aus den Niederungen einer dumpfen Bewußtlosigkeit in das helle Licht der Arbeit zu führen, ihnen den Weg ins Leben zu weisen.

Natürlich, es geht nicht glatt. Die Kommune der Strolche wird nicht von heute auf morgen gebaut. Die alten Gewohnheiten brechen wieder hervor, wie Blutkrankheiten ihre Schwären immer wieder neu treiben. Aber schon hat SERGEJ, der Erzieher, einige Jungen im Innersten gewandelt; sie werden selber zu Erziehern ihrer Genossen.

Unbeschreiblich der Sieg dieses Vertrauens, das SERGEJ, der Erzieher, denen entgegenbringt, denen niemals vorher Vertrauen geschenkt worden. Aber es ist der Schlüssel der Erziehung überhaupt. Daß es gelingt, die Freiwilligkeit dieser Jungen zum Motor ihres Willens zu machen und diesen Willen auf die Arbeit zu richten, das bedeutet im Grunde die Rettung. Nie hätte die Regierung mit all ihren Zwangsmitteln das erreicht!

Rußland? Krank nicht in der ganzen Welt die Erziehung an dem Grundübel des fehlenden Vertrauens zwischen Erziehern und Kindern? Darum ist dieser Film ein Signal. Er ist das Versprechen einer neuen, besseren Ordnung in der Welt, und wir grüßen ihn als das Morgenrot einer neuen Zeit.

Herr Lehrer, was täten Sie . . . ?

Eine Lehrerin schreibt: Donnerstag abend hörten auch einige Schüler im Radio BRÜNINGS Reichstagsrede und den Tumult der Parteien. Am Morgen steht einer zu Beginn der Stunde auf und sagt: „Herr Lehrer, was täten Sie jetzt sagen, wenn wir uns so benehmen würden, wie die gestern im Reichstag?“

Wert der Pünktlichkeit.

Alma: „Du wolltest jetzt aufhören.“
Hans: „Nein, es sind noch fünf Minuten.“
Almas Gesicht sagt: In den fünf Minuten verkaufst du doch keinen „Funken“ mehr.
In den fünf Minuten verkauft Hans vier „Funken“.

Erkenntnis.

Hans: „Die Tageszeitung für Recht, Freiheit und Kultur.“
A.: „Steht die Zeitung rechts oder links?“
Hans: „Es ist eine Zeitung für Recht, Freiheit und Kultur.“
A.: „Verstehe — — Recht, Freiheit und Kultur stehen immer links.“
H. D.

In der Kleinbahn.

E. L. Ich fahre mit einer ostpreußischen Kleinbahn durch weites, verschneites Land. In meinem Abteil sitzt eine kleinbürgerlich gekleidete ältere Frau, die sich mit einem jungen Mädchen unterhält. Beide Frauen sind eifrig mit Strümpfstricken beschäftigt. Ich höre folgendes Gespräch:

„Ich strick mer alle Strimpf selber.“
„Es jibt jetzt aber auch gute Wollstrimpf, die mit de Maschienen jestrickt wer'n.“

„Das is aber nicht gut, dann lern'n die Frauen nich mehr stricken. Un was soll dann bloß ä Frau anfangen am Abend und wenn se alt wird? Denn sitzt se da und was hat se dann in de Händ? Nuscht!“

Am nächsten Tage fuhr ich auf einer andern Kleinbahnstrecke durch Ostpreußen. In einem Abteil unterhielten sich einige Männer und Frauen über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Ein Bauer erklärte:

„Was haben wir mit dem alten HINDENBURG zu schaffen, ist ja ganz schön, daß er die Russen aus Ostpreußen rausgetrieben hat, aber jetzt leistet er bloß noch für die Juden und die Katholiken Arbeit. Das muß endlich anders werden. Wir wählen HITLER.“

Die anwesenden Frauen — es waren auch Arbeiterfrauen dabei — hörten andächtig zu und nickten mit dem Kopf, als wären die Worte des Sprechers Offenbarung. Man sah ihnen an, daß sie noch nie über politische Dinge nachgedacht haben.

„Was soll denn eine Frau auch bloß anfangen am Abend?“

Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz.

i Genf, 7. März.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in einer mehrstündigen Sitzung den Arbeitsplan für die große politische Aussprache im Hauptausschuß ausgearbeitet. Der Hauptstreit ging dabei um den Vorrang der von der französischen und der deutschen Abordnung geforderten Fragestellungen. Der von der deutschen Abordnung in den Vordergrund geschobene Gesichtspunkt der allgemeinen, gleichmäßigen Abrüstung aller Staaten, findet im ersten und im fünften Punkt der Tagesordnung Berücksichtigung. Punkt 1 heißt: „Der Grundsatz der allgemeinen Abrüstung“. Punkt 5: „Allgemeine Abrüstung nach den in den internationalen Verträgen bisher den besiegten Staaten auferlegten Entwaffnungsbestimmungen.“ Erst in diesem fünften Punkt kommt also die von der deutschen Regierung entscheidend hervorgehobene Frage zur Sprache, ob für Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags bestehen bleiben, während für die übrigen Staaten nur die Bestimmungen des Abkommensentwurfs gelten sollen.

Die französischen Sicherheitsvorschläge stehen auf der Tagesordnung an vierter Stelle, also zwischen den beiden Stellen, an denen die deutschen Forderungen berührt werden.

Italienisch-ungarisches Abkommen unterzeichnet.

Am Montag wurde ein italienisch-ungarisches Abkommen über Erleichterung des Warenaustausches unterzeichnet.

Die italienische Presse begrüßt das neue Abkommen und weist darauf hin, daß dieses Teilabkommen zwischen zwei Ländern, wie sie Italien in letzter Zeit mehrfach abgeschlossen hat, besonders dazu geeignet sei, das Gesamtproblem der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationen einer Lösung entgegenzuführen.

Nur die Lumpen sind bescheiden.

Magdeburg, 7. März.

Major VON STEPHANI, Landesführer des „Stahlhelm“ von Groß-Berlin, der vor ein paar Tagen schon durch seine Äußerungen über HITLERS „römischen Glauben“, „römisches Cäsarientum“, „römisches Unfehlbarkeitsdogma“ und ähnliches auffiel, hat sich in einer Wahlkundgebung über das Scheitern einer gemeinsamen Kandidatur der „nationalen Front“ folgendermaßen geäußert:

HITLER habe unerfüllbare Forderungen gestellt. Er habe den Posten des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, des Reichswehrministers und des Reichsinnenministers verlangt. Außerdem sollte später über das Weiterbestehen des „Stahlhelm“ verhandelt werden.

Eine neue Partei.

Stuttgart, 7. März.

Unter dem Namen „Berufständischer Nationalbund“ wurde in Stuttgart eine neue Partei gegründet, die zu einer Partei des ganzen Reiches ausgebaut werden soll. An führender Stelle sind in diesem Bund Mittelstandspolitiker Wilhelmsbergs, tätig, u. a. bisherige Mitglieder der DVP und der Deutsch-demokratischen Partei. Durch diese neue Parteidbewegung soll nicht nur der gewerbliche Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel erfaßt werden; man will auch alle freien Berufe hereinnehmen. Den bestehenden politischen Parteien wird in einem Aufruf vorgeworfen, sie hätten sich als unfähig erwiesen für eine Politik, die besonders dem gewerblichen Mittelstand und den freien Berufen eine Existenzmöglichkeit gewährleiste. Bei den kommenden württembergischen Landtagswahlen im Mai dieses Jahres will der neugegründete „Berufständische Nationalbund“ mit eigenen Kandidaten in den Wahlkampf eingreifen.

Lohndruck in Schweden.

Stockholm, 7. März.

Nachdem, wie bereits mitgeteilt, die Schlichtung im Lohnstreit in der schwedischen Zellstoffindustrie mißglückt ist, haben die Fabrikanten nunmehr eine Herabsetzung der Löhne um 8 Prozent sowohl auf Akkord- wie auf Stundenlohn beschlossen. Der Beschluß tritt erst am 21. März in Kraft, um die Möglichkeit zu einer Einigung mit den Arbeitern inzwischen offen zu halten.

Hungermarsch nach den Fordwerken.

Detroit, 7. März.

In Detroit veranstalteten Arbeitslose am Montag einen „Hungermarsch“ nach den Fordwerken. Ein Riesenaufgebot von Polizei und Feuerwehr versuchte die etwa 3000 arbeitslosen Männer und Frauen auseinanderzutreiben. Die Menge aber, von kommunistischen Rednern angefeuert, trieb die Polizei hinter die Gitter der Fordwerke zurück. Die Polizei machte daraufhin von der Schußwaffe Gebrauch und warf Tränongasbomben. Nach hartem Kampf, bei dem die Feuerwehr mit den Spritzen eingriff, gelang es, die Menge auseinanderzutreiben. Bis jetzt worden 3 Tote, 10 Schwer- und 40 Leichtverwundete gemeldet.

Neue Kündigungen.

Dortmund, 7. März.

Die Harpener Bergbau AG beabsichtigt, wegen Absatzmangels auf der Schachtanlage Hannover II in Buer eine Betriebseinschränkung vorzunehmen. Es sollen 500 Arbeiter zur Entlassung kommen.

Rgh. Das Werk Kruckel der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen soll stillgelegt werden. Während 12 Mann zur Entlassung kommen, soll für den Rest von 47 Leuten durch das Krümpersystem die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung versucht werden.

Rgh. Nach einer Verfügung der Oberpostdirektion Düsseldorf sollen im Zusammenhang mit den im ganzen Reich bevorstehenden Kündigungen von rund 10 000 Menschen auf dem Essener Amt 44, auf dem Düsseldorfer Amt 62, in Duisburg-Hamborn 59, in Krefeld-Uerdingen 65, in Wuppertal 64 Entlassungen bevorstehen.

Politische Prozesse.

J. Ph. Die Liga für Menschenrechte hatte am 29. Februar in Berlin zu einem „kontradiktorischen Abend“ über politische Strafjustiz eingeladen. Das Thema ist gewiß heute wichtig genug, um von Richtern, Rechtsanwälten und „Laien“ gemeinsam behandelt zu werden. Die wirtschaftliche Not und die politische Unsicherheit führen zu einer seit Monaten wachsenden Zahl politischer Prozesse in Deutschland, in denen der Staat Anklage wegen politischer Terrorakte und Beleidigungen, wegen Gotteslästerung und Hochverrat erhebt. Die auf dem Abend sprechenden Vertreter der Justiz, Landgerichtsdirektor und Oberstaatsanwalt, setzten sich für Schnellgerichte zur Bekämpfung des politischen Terrors ein — „das Volk erwartet schnelle Aburteilung“ —, zum Ausgleich der dabei auftretenden Gefahren schlugen sie Amnestien und eine gute Auslese von Juristen „mit politischem Instinkt“ vor.

Die Rechtsanwälte und „Laien“ sahen dagegen das Uebel nicht in organisatorisch zu überwindenden Mängeln der politischen Strafjustiz, sondern in der politischen Einseitigkeit der Rechtsprechung, die bei allgemeiner Unsicherheit eine ungeheuerliche „Sicherheit gegen links“ zeigt: 480 Hochverratsprozesse gegen links, in der gleichen Zeit 3 gegen rechts. Angeklagten von rechts wird „vaterländische Ueberzeugung“ als Motiv zugebilligt, solche von links, wie kürzlich Ossietzky, wird politische Ueberzeugung abgesprochen. Berliner Nazi-Studenten vollführen Universitätskrawalle, zwei republikanische Studenten werden dafür mit Verweisung von der Universität bestraft.

Was forderten nun Rechtsanwälte und „Laien“ zur Ueberwindung einer so politischen Justiz? Anstatt schneller Aburteilung gründliche Untersuchung unter Gewährung aller Rechtsmittel für den Angeklagten; Verringerung der Zahl der Paragraphen; Richter, die Vertrauen genießen; Volkswahl der Richter; Schutz der Richter gegen politischen Terror; Erziehung zur Achtung vor dem politischen Gegner.

Solche und ähnliche gutgemeinten Vorschläge wurden vorgetragen und hinterließen im ganzen das Gefühl: ernsthafte Waffen gegen diese „Justiz gegen links“ brachte das kontradiktorische Gespräch nicht ans Licht.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 9. März.

Berlin:

15.20 KURT GROSMANN: Das Asylrecht.
18.15 Studenten diskutieren: Für und wider die Erfüllungspolitik. (Vergleiche „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver“, im Funken, Nr. 16, vom 20. Januar 1932.)

Königswusterhausen:

18.30 Dr. SCHLOTTMANN: Die Bedeutung des Staatsoberhauptes in der Demokratie.
19.00 Dr. FISCHER: Oesterreichische und deutsche Sozialpolitik.

Leipzig:

20.00 Messe-Gewandhaus-Sonderkonzert. (Auch Königsberg und Königswusterhausen.)

München:

18.55 Min.-Rat GOSLAR: Die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichspräsidenten.

Donnerstag, den 10. März.

Berlin:

15.20 H. M. AHMED: Schicksal der Witwen in Indien.
19.30 Hörspiel „Faust“ von GOETHE.

Breslau:

18.15 GABRIEL DESWYSEN: Der Stand des internationalen Arbeitsschutzes.
22.25 Jos. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet des Arbeiter-Esperantisten.

Königswusterhausen:

19.00 Zweckmäßige Herstellung des Saatgutes.

Leipzig:

20.45 Hörspiel: „Kaffee“.

Wien:

20.00 PAUL EIPPER: Liebe zu Raubtieren.

Moskau, Gewerkschafts-sender:

20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Vorl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt z. z., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

Liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 83

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
 2. N 58, Pappel-Allee 57
 3. C 25, Prenzlauer Straße 9
 4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
 5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17
- Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenbuderstr. 9
Telephon: 25 83 42

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung
nach Maß fertigt sauber und billig an
RUDOLF SCHÜNHIT
Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, II. r. l.
Stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 8471

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Die Rechtslehre und die Politik auf ein festes, wissenschaftliches Fundament zu stellen.

wird in dem III. Band der „Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik“ unternommen, in dem

System der philosophischen Rechtslehre und Politik.

Von Leonard Nelson.

XXXV und 680 Seiten. 4^{te} 1924. Broschiert 16.— M. Ganzleinen 19.— M.

Der Wert des Buches für den Befreiungskampf des Proletariats wird erkennbar aus NELSONs einleitenden Worten:

„Denn wie überall so bietet auch hier nur die Führung kritisch begründeter Prinzipien einen Schutz gegen die zweifache Gefahr daß die Freiheit vom Dogma in die Orientierungslosigkeit des Opportunismus, die Festigkeit der Orientierung dagegen in die Tyrannei des Dogmas ausartet. Diese Festigkeit mit jener Freiheit zu vereinigen, das ist der Sinn der Selbstverständigung, die den Zweck dieses Buches bildet.“

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a

Die Presse der spanischen Republik.

Als die spanische Republik am 14. April 1931 das Licht der Welt erblickte, als die Führer der Sozialistischen Partei Arm in Arm mit den bürgerlichen Republikanern durch die Straßen Madrids zogen, unjubelet von Proletariern in Lumpen und von sorgfältig gekleideten Herren des Bürgerstandes, da war es ausgemacht, daß die Presse, befreit von den Fesseln der Zensur, der Volksgemeinschaft dienen sollte. Der Redestrom, der sich über die Lande ergoß und überschwinglich die Wunderkraft der Republik pries, wurde getreulich von der Presse registriert. Die spanische Nation war in diesen Tagen ein einzig Volk von Brüdern.

Bis sich dann die Kritik gegen einzelne Einrichtungen der Republik richtete und einen Mißton in den Frieden brachte. Da beschloß die Regierung, zum Schutz der Ruhe und Ordnung das bekannte Republikerschutzgesetz einzuführen, durch das die Pressefreiheit erheblich eingeschränkt wird. Nun streitet man sich in Spanien: Gibt es Pressefreiheit oder gibt es sie nicht? Die Meinungen darüber gehen je nach der Parteizugehörigkeit weit auseinander.

Die ersten Opfer des Republikerschutzgesetzes wurden die Zeitungen der revolutionären Arbeiterschaft. Die kommunistische Presse konnte sowieso kaum aus eigener Kraft leben, und nun wurden ihr außer dem Verbot des „Mundo Obrero“ (der „Arbeiterwelt“) auch noch Geldstrafen in Höhe von 1000 Pesetas auferlegt. Die kommunistische Partei versucht, für die verbotene Zeitung Ersatz zu schaffen durch die Herausgabe von Wochenzeitungen. Der Verbreitung werden von der Polizei nach Möglichkeit Schwierigkeiten bereitet, sei es durch Schikanen den Verkäufern gegenüber, sei es durch Hausdurchsuchungen u. ä.

Die spanische Presse ist zum großen Teil keine ausgesprochene Parteipresse. Nur die ganz rechtsstehenden, die ganz linksstehenden und die katholischen Blätter vertreten deutlich einen eigenen Standpunkt.

Die Kommunisten arbeiten nach dem gleichen Schema wie ihre Parteigenossen in anderen Ländern; sie nehmen den Kampf gegen die Sozialisten und die Syndikalisten auf, die sie als Sozialfaschisten und Anarcho-Reformisten „entlarven“.

Wertvoller für die Arbeiterschaft sind die Zeitungen der Syndikalisten, die sich zum Teil mit aller Kraft gegen neue Betrugsversuche am spanischen Volk wehren. Aber es fehlt ihrer Politik das klare Ziel, und daher fehlt dieser Kritik der Ernst und die Verantwortung, die erforderlich wäre, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft zu gewinnen und festzuhalten.

„El Socialista“, das Organ der Sozialistischen Partei Spaniens, hat eine gemäßigte und recht langweilige Sprache. Grundsätzliche Dinge werden in dieser Zeitung nicht erörtert. Von welchem Standpunkt aus sollte das auch geschehen? Die Funktionäre der Partei weichen in ihren Weltanschauungen so weit von einander ab, daß der eine den Sozialismus als Religion auffaßt, während der andere sich selber nur als ein Glied in der mechanisch ablaufenden gesellschaftlichen Entwicklung betrachtet.

Der größte Teil der Presse ist bürgerlich. Diese Zeitungen bieten oft für wenig Geld (für 10 Centimos, das sind 3/4 Pf.) erstaunlich viel. Eine der konservativsten Zeitungen, das „ABC“, erscheint für diesen Preis in kleinem Format mit fünfzig bis sechzig Seiten, die eine Reihe von Illustrationen enthalten. Diese Zeitung ist das Blatt des Großbürgertums, des Adels und der Kirche. Bei Pfaffen habe ich fast nur sie gesehen. Sie hat aber in allen Schichten des Volkes ihre Leser. Noch eine andere konservative Zeitung, „Ahora“, erfreut sich großer Beliebtheit ihrer sensationellen Bilder wegen.

Die große Schar der Zeitungen, die mehr oder weniger die bürgerliche Linke vertreten, gehen darauf aus, einem möglichst großen Leserkreis entgegenzukommen. Sie bringen darum oft ausführliche Berichte aus Versammlungen aller Richtungen ohne Kommentar, selbst wenn es sich um kommunistische Versammlungen handelt. Versammlungsankündigungen aller Parteien werden von einem dieser Blätter kostenlos aufgenommen. Will die Redaktion wirklich einmal zu einem Ereignis Stellung nehmen, dann geschieht das in sehr vorsichtiger Weise, damit sich niemand verletzt zu fühlen braucht. An Stelle eines Kommentars von Regierungshand-

lungen bringen die Zeitungen mit Vorliebe Gespräche ihres Reporters mit einem Minister oder einem bekannten Politiker.

Die sehr umfangreichen Zeitungen werden dadurch gefüllt, daß die mitgeteilten Ereignisse, seien es Streiks, Morde oder Parlamentsverhandlungen in kaum überbietbarer Breite geschildert werden. Das ist schauderhaft für den, der einigermaßen schnell erfahren möchte, was passiert ist. Es kann ihm begegnen, daß er sich seitlang durch Nachrichten hindurchwinden muß, wie die, daß in Barcelona vollkommene Ruhe herrscht oder daß in Bilbao keine Zusammenstöße mit Katholiken erfolgt sind. Die Reden bekannter Politiker werden im vollen Wortlaut gebracht mit allen schmeichlerischen Wendungen, deren sich die spanischen Redner ausgiebig bedienen. Dahinter verstecken sich oft nur recht dürre und ärmliche Gedanken. Die spanische Sprache mit ihrem Reichtum an Worten und Formen ist vorzüglich geeignet, selbst den banalsten Gedanken in gefälliger Weise zur Darstellung zu bringen.

Eine Sonderstellung in der bürgerlichen Presse nehmen die katholischen Blätter ein. Eindeutig geben sie ihren Standpunkt zu erkennen und beurteilen jedes Ereignis nach den Grundsätzen der katholischen Kirche. Das einflußreichste katholische Blatt, „El Debate“, ist gegenwärtig verboten; aber es steht zu erwarten, daß dieses Verbot bald aufgehoben wird. Fast die ganze bürgerliche Presse bestürmt die Regierung mit der Forderung, die Zeitung wieder freizugeben.

Der Anzeigenteil, der in deutschen Zeitungen einen so großen Raum einzunehmen pflegt, ist in Spanien nur spärlich ausgebildet. Die wirtschaftliche Struktur des Landes bildet keinen Boden für diese Art der Werbung. Der vorherrschende Kleinbetrieb sucht seine Kunden in der Nachbarschaft durch persönliche Werbung zu gewinnen. Die rechtsstehenden Blätter werden für diesen Mangel einigermaßen entschädigt durch eine Sitte des Großbürgertums und des Adels: Es ist üblich, einen Todesfall nicht nur einmal anzukündigen, sondern noch eine Reihe von Jahren lang bei der Wiederkehr des Todestages eine Anzeige erscheinen zu lassen. Ich habe Anzeigen gesehen, die das 14. Todesjahr anzeigten. Meist gibt man sich allerdings schon nach dem zweiten oder dritten Jahr zufrieden.

Zeitungsverkäufer.

Der größte Teil der Auflage spanischer Zeitungen wird auf der Straße verkauft. In dieser Zeit, in der die Arbeitslosen jede Gelegenheit zum Verdienst einiger Centimos ergreifen, ist die Tätigkeit des Zeitungsverkäufers beschwerlicher geworden als früher; der Verdienst ist gesunken. An einer verkauften Zeitung verdienen die Verkäufer etwa drei Centimos, also gut einen Pfennig; wenn sie am Tag 50 oder gar 100 Zeitungen verkaufen, sind sie zufrieden.

Zu der Stunde, in der eine große Zeitung ausgegeben wird, finden sich Scharen von Verkäufern bei den Ausgabestellen ein, Männer und Frauen, alte und junge. Die jungen Burschen sind in der Mehrzahl. Kommen die ersten Zeitungen heraus, dann stürzen die Burschen mit lautem Geschrei auseinander, jeder mit seinem Zeitungspacken im Arm, bestrebt, die anderen zu überholen. Jeder versucht schnell auf eine Straßbahn zu gelangen; denn einem ist es erlaubt, durch den Wagen zu gehen und Zeitungen anzubieten. Er darf sich allerdings nicht lange aufhalten. Andere nehmen als blinde Passagiere auf den hinteren Wagenenden Platz und kommen so schnell zu den Hauptstraßen und -plätzen. Dort drängen sich oft fünf oder sechs Verkäufer zusammen und stürzen gemeinsam auf einen Passanten los, der eine Handbewegung machte, als wolle er zum Portemonnaie greifen. Welche Zeitung will er? Sie stehen um ihn herum, wie zum Sprung bereit und versuchen, ihm den Namen der Zeitung vom Munde abzulesen, noch ehe der Schall an ihr Ohr schlägt. Wer hat die „kürzeste Leitung“? Wer drückt dem Passanten die verlangte Zeitung zuerst in die Hand?

Trotz dieser Konkurrenz gibt es selten Streit. Diese Burschen wetteifern miteinander; aber sie halten dabei solidarisch zusammen.

Auge und Gedächtnis wird durch die Arbeit geschärft. Alles sehen sie; keine Bewegung der Vorübergehenden ent-

geht ihnen. Wer ein- oder zweimal in ihrem Revier eine bestimmte Zeitung gekauft hat, kann sicher sein, daß der Junge ihm das nächste Mal die Zeitung wortlos in die Hand drückt.

Ich kaufe mir häufig „El Socialista“ und „El Debate“ auf der Straße. Oft hat mich der Verkäufer darauf aufmerksam gemacht, daß diese beiden Zeitungen aber in sehr feindlichen Beziehungen zueinander ständen. Wenn ich trotzdem darauf bestand, beide zu kaufen, merkte ich an seinem Gesichtsausdruck, daß hier etwas vor sich ging, was ihm neu war. Es ist üblich, nur die Zeitung der eigenen politischen Richtung zu verfolgen. Selbst bei politisch interessierten Arbeitern herrscht diese Einseitigkeit. Ich kaufte mir einmal in Gegenwart einiger SP-Mitglieder eine kommunistische Zeitung und wurde prompt darauf hingewiesen, ich sei dieses Mal einem Irrtum verfallen; denn das, was ich gekauft habe, sei eine kommunistische Zeitung! Daß man Zeitungen verschiedener Richtungen lesen kann, ja, sie verfolgen sollte, wollte in ihre Köpfe nicht hinein.

In der heutigen politisch sehr erregten Zeit ist das Zeitungsgeschäft ein blühendes Unternehmen. Eine Unmenge Arbeitsloser nehmen daran teil, freilich mit sehr verschiedenem Nutzen und Geschick. Das beste Geschäft machen die Kioske. Sie bieten eine Unzahl von Heften, illustrierten Zeitschriften aller Länder und Sprachen an. Deutsche Zeitungen werden viel von den hier tätigen Deutschen gekauft. Man kann die „Frankfurter Zeitung“ sogar billiger kaufen als in Berlin.

Das mündige Volk.

h Berlin, 7. März.

Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß am Abend des 13. und in der Nacht zum 14. März dieses Jahres die vielfach, namentlich seitens der Zeitungsfamilien, übliche Bekanntgabe der Wahlergebnisse in Schaufenstern u.s.w. polizeilich nicht geduldet werden kann. Bei der zur Zeit sehr gespannten Lage, die sich fast täglich in mehr oder weniger schweren Zusammenstößen äußert, sind von einer solchen Bekanntgabe Ansammlungen und Ausschreitungen zu befürchten, die im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verhindert werden müssen. Die Mitteilung durch Rundfunk gibt jedem die Möglichkeit, die Wahlergebnisse ungestört und ungefährdet zur Kenntnis zu nehmen.

Nazi-Press.

F. W. Ein Mitarbeiter der „Deutschen Presse“, gibt, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ mitteilt, einen Ueberblick über den Aufbau des nationalsozialistischen Presseapparats. Danach bestehen zur Zeit 97 NS-Zeitungen und -Zeitschriften. Darunter sind 46 Tageszeitungen, 6 Zeitungen erscheinen halbwochentlich, 38 wöchentlich; ferner erscheinen eine illustrierte Zeitung und zwei Witzblätter.

Zu diesen reichsdeutschen Nazi-Blättern kommen: eine Wochenzeitung in Danzig, 4 Wochenzeitungen in Oesterreich, in den deutschen Sudetenländern (Tschechoslowakei) werden eine Tageszeitung, eine Halbwochenzeitung und acht Monatschriften herausgegeben. Dazu zwei halbmonatlich und fünf monatlich erscheinende „Gewerkschaftsblätter“, die als der nationalsozialistischen Bewegung dienend gezählt werden.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Donnerstag, den 10. März, 20.15 Uhr, Gasthaus Kröger, Brunnenstraße (Eingang Bleichertwiete). Thema: „Soll der Faschismus wirklich siegen?“

Göttingen: Freitag, 11. März, um 20.15 Uhr, kleiner Saal im Volksheim. Thema: „Thälmann oder Hindenburg?“

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Die Verfassung des Staatenbundes.

VON LEONARD NELSON.

Unmöglichkeit der Beschränkung und Teilung der Bundesgewalt.

Vor aller Frage nach dem durch den Staatenbund zu sichernden materiellen Recht steht die Frage der Bundesverfassung selbst, die die formale Bedingung bildet, um irgendein Recht der Staaten politisch zu schützen.

Da begegnet uns nun wieder die Gefahr, daß man der politischen Frage, um die es sich, recht verstanden, hier allein handeln kann, das Scheinproblem eines vermeintlich rechtlichen Prinzips der Bundesverfassung unterschiebt, womit denn bereits jeder Nachfrage nach dem materiellen Recht, das durch diese Verfassung zu schützen wäre, der Boden entzogen wird. Das Rechtsprinzip, das hier auftaucht und irreführt, erscheint als ein Prinzip der politischen Beschränkung der Bundesgewalt, einer Beschränkung, die darauf abzielt, das Rechtsverhältnis zwischen den Gliedstaaten und der Bundesgewalt zu schützen, in Wahrheit aber unmittelbar im Widerspruch zum bloßen Begriff einer Bundesregierung steht, deren Gewalt ja als die höchste, jeder anderen Gewalt in der Staatengesellschaft überlegene Gewalt definiert ist, wie wir sie denn auch im Sinne dieser Definition als die notwendige Bedingung erwiesen haben, um ein politisch geschütztes Rechtsverhältnis zwischen den Staaten möglich zu machen. Es ist also keine willkürliche Definition, durch die dieser Begriff eingeführt ist, sondern wir haben seine praktische Realität bewiesen. Um das Rechtsverhältnis zwischen den Staaten politisch zu schützen, dazu ist gemäß diesem Beweise eine Gewalt erforderlich, die der Gewalt nicht nur jedes einzelnen Staates, sondern auch jeder möglichen Koalition von Staaten gewachsen ist, so daß sie diese unter das Recht zu zwingen vermag. Eine politische Beschränkung derjenigen Gewalt, die jede andere Gewalt beschränken soll, widerspricht sich aber selbst.

Hieraus ergibt sich das Fehlerhafte oder doch Unzulängliche der gewöhnlichen Vorstellungen von der Verfassung des Staatenbundes.

Ein bloßes Schiedsgericht z. B. zum Ausgleich von Streitigkeiten zwischen einzelnen Staaten kommt nur einem Vertrags gleich. Es kann, wie immer man es sich konstituiert denkt, nur zur Einführung eines Rechtsverhältnisses auf Treu und Glauben dienen. Es müßte sonst erst eine Nötigung zur Anrufung des Schiedsgerichts hinzukommen, um diese dem guten Willen der mit einander im Streit befindlichen Regierungen zu entziehen, und die Unterwerfung unter die Entscheidung des Gerichts müßte durch Zwang gesichert werden. Ein Schiedsgericht ohne hinreichende Zwangsgewalt, um seinem Urteil wirklich Geltung zu verschaffen, ein solches genügt also nicht, um das Problem des Staatenrechts zu lösen. Vielmehr muß auch hier die Regierungsgewalt mit der Rechtsprechung und Gesetzgebung vereinigt sein, um das Rechtsverhältnis politisch zu schützen. Eine Trennung zwischen ihnen würde nur ein Rechtsverhältnis auf Treu und Glauben begründen, da es nur von dem guten Willen des Inhabers der Gewaltabhängig bliebe, wie weit er sich dem Willen des Gesetzgebers oder Richters fügt.

Aus dem gleichen Grunde werden wir die Teilung der Gewalt selbst ablehnen. Eine geteilte Gewalt liegt aber vor, solange die einzelnen Staaten nicht auf ihre eigene militärische Macht (soweit diese nicht bloß zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Inneren, also bloß zu Polizeizwecken dient) verzichten zu Gunsten der Verwaltung durch eine gemeinsame Regierung. Bis dahin kann zwischen den einzelnen Militärmächten nur ein Rechtsverhältnis auf Treu und Glauben bestehen. In der Tat, wenn die Staaten sich auch dem Zentralorgan des Bundes vertraglich verpflichten, Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen, sobald dies erforderlich ist, um einen Staat des Bundes vor einem Angreifer zu schützen, so hat das Zentralorgan doch keine Macht, widerspenstige Staaten zur Entscheidung zu zwingen. Ist es doch nicht einmal sicher, daß eine Einigung darüber zustande kommt, wer eigentlich der Angreifer und wer der Angegriffene ist, gegen wen und für wen also die Bundesgewalt überhaupt in Kraft treten soll. Eine Staatenverbindung, in der die Zentralisierung der Gewalt nicht durchgeführt ist, darf daher immer nur als Vorstufe eines Staaten-

bundes gelten, wie er durch das rechtliche Ideal der Staatenpolitik postuliert wird.

Nichtigkeit des Prinzips der repräsentativen Gleichheit der Staaten.

Statt nun angesichts der Schwierigkeiten der Verwirklichung dieser Idee wenigstens die Idee selbst desto klarer und fester ins Auge zu fassen, läßt man sich im Gegenteil dazu verführen, sie sogar schon in der Theorie preiszugeben, zu Gunsten des Scheinideals eines politischen Schutzes des Rechtsverhältnisses zwischen Bundesregierung und Gliedstaaten, womit denn alle Anstrengung und Aufmerksamkeit von jenem Problem abgezogen und auf ein anderes gelenkt ist, das in der Praxis nur darum nicht auf ähnliche Schwierigkeit stößt, weil es vor jeder Berührung mit ihr durch den ihm innewohnenden logischen Widerspruch gesichert ist.

Dieser Fehler zeigt sich bei der Frage, mit welchen Kompetenzen die Einzelstaaten in der Bundesregierung vertreten sein sollen. Man behauptet nämlich, daß die Rechtmäßigkeit der Bundesverfassung die gleichmäßige Beteiligung aller Staaten an der Regierung des Staatenbundes erfordere. Ich will diesen Grundsatz kurz den der repräsentativen Gleichheit der Staaten nennen.

Man verlangt daher Gleichheit des Stimmrechts für die einzelnen Staaten. Ja, man verlangt, darüber hinaus, daß nur solche Beschlüsse für die Staaten verbindlich sein sollen, die von ihnen einstimmig angenommen worden sind.

Dies ist in der Tat eine unmittelbare Folge aus dem Prinzip der Souveränität. Denn dieses Prinzip wäre verletzt, wenn z. B. Mehrheitsbeschlüsse für die Minderheit verbindlich werden könnten. Es kann ja nach diesem Prinzip kein Recht geben, einen Staat einer Maßnahme zu unterwerfen, in die er nicht selbst eingewilligt hat. Nur kraft eines schon vorhergehenden einstimmigen Beschlusses könnten nicht-einstimmige Beschlüsse allgemeine Verbindlichkeit erlangen.

Der innere Widerspruch dieser Ansicht ist der uns längst bekannte. Sie hebt sich selbst auf, da nach ihrer Konsequenz auch die Verbindlichkeit eines solchen Grundvertrages selbst unmöglich wäre.

(Schluß folgt.)

Arbeiterbank Gewinnabschluss 1931.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten weist für 1931 einen Gewinn von 583 000 Mark aus, der voll zur Stärkung der Reserven verwendet wird.

Der vorliegende Geschäftsbericht stellt mit berechtigtem Stolz fest, daß die Arbeiterbank am 13. Juli fast als einzige Bank Deutschlands unbeschränkt ausgezahlt hat. Die Einlagen haben sich während des Jahres 1931 von 168 auf 135 Millionen Mark vermindert, infolge Abhebungen der Gewerkschaften und anderer Kunden. Die Kreditnehmer sind mit 40 Prozent der Gesamtkreditsumme öffentlich-rechtliche Institute, mit 54 Prozent Betriebe und Organisationen der Arbeiterschaft. Beide Prozentziffern sind gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Die veröffentlichten Ziffern geben ein in Anbetracht der Krise günstiges Bild. Das darf uns natürlich nicht darüber täuschen, daß die Arbeiterbank immer noch ein Zwerg ist gegenüber den Großbanken. Sie berichtet über einen Jahresumsatz von 3 Milliarden Mark. Die Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft berichtet über einen Jahresumsatz von 53 Milliarden Mark mit Bankiers, und 94 Milliarden Mark mit Nichtbankiers. Der Jahresumsatz dieser Großbank ist also fast 50 Mal so groß wie der der Arbeiterbank. Gerade darum ist es wichtig, daß die Arbeiterschaft dieser Bank, die durch eine Machtposition der Arbeiterschaft werden kann, mehr Beachtung schenkt.

Weil die Arbeiterbank eine Einrichtung der Arbeiterschaft sein will und soll, sind noch folgende Zahlen interessant. Die Gesamtvergütung für den Vorstand wird für 1931 mit 110 000 Mark angegeben. Der Vorstand besteht, wie wir uns soeben vergewissert haben, aus zwei Mitgliedern. Jeder der beiden Direktoren erhält also durchschnittlich 55 000 Mark jährlich. — Bei der De-Di-Bank, die, wie gesagt, 50 mal so viel umsetzte wie die Arbeiterbank, betragen laut Geschäftsbericht „die gesamten Bezüge des Vorstands und stellvertretenden Vorstands (24 Mitglieder)“ 2 845 000 Mark. Auf den Kopf entfällt also im Durchschnitt doppelt so viel wie bei der Arbeiterbank. Verglichen mit dem Umsatz ist aber bei der Arbeiterbank der Aufwand für den Vorstand doppelt so hoch wie bei der De-Di-Bank. Eine unerfüllte Feststellung!

Besser schneidet die Arbeiterbank bei folgenden Vergleichen ab: Die Gesamtkosten des Aufsichtsrats (Reise- und Tagegelder) sind mit 9061,62 Mark angegeben; Tantiemen erhalten die Aufsichtsratsmitglieder nicht, sie sind ehrenamtlich tätig. Bei der De-Di-Bank erhielten 120 Aufsichtsratsmitglieder aus dem Gewinn von 1930 zusammen 420 000 Mark; die Höhe der an sie gezahlten Spesen ist nicht bekannt.

Während die anderen Banken Personal abgebaut haben, hat die Arbeiterbank durch Einführung der 40-Stunden-Woche eine Vermehrung des Personals von 215 auf 231 ermöglicht.

—t.

Was ist eine Großbank?

„Ein Sammelbecken kleinerer Einlagen zur Verwendung in Großkrediten“, sagt die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 176/77, vom 6. März) bei Besprechung des Geschäftsberichts der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. Dieses Urteil ist völlig richtig. Nach dem Stande vom 31. Oktober 1931 verteilen sich die von dieser Bank gegebenen Kredite folgendermaßen:

Kredite bis 20 000 Mark	7,8 %
Kredite von 20 000—100 000 Mark	13,4 %
Kredite von 100 000—500 000 Mark	22,0 %
Kredite von 500 000—2 Millionen Mark	24,0 %
Kredite über 2 Millionen Mark	32,8 %
	100 %

24,8 Prozent, also rund ein Viertel der Kredite der Bank, sind an die Schwerindustrie und eisenverarbeitende Industrie gegeben worden.

33,3 Prozent der fremden Gelder der Banken stammen von Privaten, 20,2 Prozent aus dem Kredit- und Versicherungsgewerbe, also zu einem großen Teil auch von kleineren Bankkunden und Versicherungsnehmern.

Die Statistik der größten deutschen Bank bestätigt also das Urteil der „Frankfurter Zeitung“ durchaus. Wem zu Liebe ist die „Sanierung der Großbanken“ vorgenommen worden? Damit jeder Leser sich selber ein Urteil darüber bilden kann, hier eine weitere Äußerung der „Frankfurter Zeitung“ über die Kreditverteilung durch die Großbanken: „Auch ist zu berücksichtigen, daß bei den Großkrediten viel häufiger als bei den kleinen und mittleren eine rücksichtslos sachliche Behandlung vermieden wird und an ihre Stelle ein nachsichtiges Durchhalten tritt, weil für die Bank selber in diesen Fällen das Zugreifen mit seinen Abschreibungskonsequenzen nicht angenehm ist.“

In unsere Sprache übersetzt:

Eine Großbank ist eine Einrichtung, um unter Ausnutzung privater und öffentlicher Mittel die Großindustrie durch die Krise zu schleppen. Rpt.

Ein neuer Siedlungsfreund: Der Langnam-Verein.

Der Langnam-Verein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und in Westfalen) hat eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der er die sogenannte „Stadttrandsiedlung“ als unwirtschaftliche Föhlösung bezeichnet, die überdies als auf weite Sicht recht bedenklich angesprochen werden müsse, da damit zu rechnen sei, daß ein großer Teil der heute Arbeitslosen von der rheinisch-westfälischen Wirtschaft überhaupt nicht mehr aufgenommen werden kann.

Um den Arbeitsmarkt fühlbar zu entlasten, müsse in erheblichem größerem Umfang als bisher gesiedelt werden. Die Ansetzung von jährlich etwa 40 000 Siedlern, also — mit den Familien — von weit mehr als 100 000 Menschen sei finanziell tragbar, da an anderen Posten in den öffentlichen Haushalten, vor allem an städtischen Wohnungsbau und an der Erwerbslosenfürsorge entsprechende Einsparungen zu erzielen seien, so daß die noch durch Kredit aufzubringenden Spitzenbeträge nicht mehr wesentlich ins Gewicht fielen.

Abschließend macht es der Langnam-Verein der Reichsregierung zur „Pflicht“, „rasch und durchgreifend umzusiedeln“.

Der Zusammenbruch internationaler Metallkartelle.

Die wichtigsten internationalen Metallkartelle sind in ihrer Existenz bedroht. Mehrere stehen unmittelbar vor der Auflösung oder sind schon aufgelöst worden; andere sind gezwungen, die Forderungen an ihre Mitglieder, vor allem was die Einhaltung fester Preise anbelangt, wesentlich herabzuschrauben.

Eine Ursache dieser Entwicklung, die besonders bei allen Rohstoffkartellen stark in Erscheinung tritt, ist die folgende: Dadurch, daß das Kartell die Preise zeitweilig wesentlich hebt, wurde die Produktion zu sehr ausgedehnt, die Lagerbestände wuchsen. Als nun die Krise die Lage des Kartells von der Nachfrageseite her verschlechterte, drückten außerdem die Vorräte auf den Markt, und die Preise fielen besonders stark. Das Kartell konnte diesen Fall nicht aufhalten. Es verliert daher an Bedeutung oder wird für die einzelnen Mitglieder sogar hinderlich.

Dazu kommt noch die besondere weltwirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr: Durch Errichtung von Zollschranken und Entwertung von Währungen, sind die Kartellmitglieder in einzelnen Ländern in eine besonders vorteilhafte Lage versetzt worden. Sie wollen sich nicht daran hindern lassen, Märkte zu erobern, die Produzenten anderer Länder bisher auf Grund des Kartell-Abkommens innehatten, und ziehen es daher vor, das Kartell aufzulösen.

Kupfer.

Die Schwierigkeiten, die im Kupfer-Kartell aufgetreten sind, wurden vor allem durch die Häufung der Vorräte verursacht. Diese betragen jetzt rund 1 Million Tonnen, das ist etwa der Weltbedarf eines Jahres an Kupfer! Um diese Bestände zu verringern, beabsichtigte das Kartell, die Produktion vorläufig auf 26½ Prozent der Leistungsfähigkeit einzuschränken. Kürzlich wurde sogar von einer Einschränkung auf 17½ Prozent gesprochen. Diese Maßnahme stößt auf den Widerstand der Katanga-Gesellschaft (im belgischen Kongo), die behauptet, daß es bei den Arbeitern zu Unruhen kommen könnte, wenn der Betrieb zu weitgehend stillgelegt wird. Die Gesellschaft besitzt sehr rentable Bergwerke, mit denen sie — so wird wenigstens behauptet — auch bei den jetzigen Preisen noch Gewinne macht. Weil im Kongo Neger zu lächerlich niedrigen Löhnen beschäftigt werden, ist diese Behauptung wahrscheinlich richtig. Es ist also leicht verständlich, daß die Katanga-Gesellschaft annimmt, unter freier Konkurrenz einen weit größeren Teil des Marktes an sich reißen zu können als innerhalb des Kartells.

Das Kartell hat übrigens seine praktische Bedeutung bereits verloren: Seit Wochen beschäftigt es sich damit, in Abständen von wenigen Tagen immer neue „Kartellpreise“ festzusetzen, die dann immer wieder unterboten werden; das heißt: das Kartell paßt sich den Marktpreisen an, anstatt selber den Preis zu bestimmen.

Blei.

Das internationale Bleipool wurde bei Inkrafttreten der englischen Zölle aufgelöst, nachdem es den Markt 2½ Jahre lang beherrscht hatte. Burma und Australien, die zusammen etwa ein Sechstel der Weltproduktion an Blei erzeugen, haben durch die Zölle eine sehr günstige Lage im britischen Reich er-

halten. Sie wollten sich infolgedessen nicht den Beschränkungen, die ihnen vom Pool auferlegt werden, unterwerfen.

Bei dem Zusammenbruch des Bleipools spielte das Bestehen von Vorräten in Höhe von etwa einem Drittel des Jahresverbrauchs ebenfalls eine erhebliche Rolle.

Zink.

Auch das Zinkkartell steht vor der Auflösung. Die Vorräte sind während der letztvergangenen Monate weiter stark gestiegen. Die englischen Zölle und die Gefahr der Zollerhöhungen in anderen europäischen Ländern sowie die Möglichkeit der Bildung einer kontinentalen Zollunion verhindern die Einigung im Kartell. Es ist in zwei Interessengruppen gespalten: die Zinkerzeuger innerhalb des britischen Reichs einerseits und die übrigen europäischen Erzeuger andererseits. Die Zinkproduzenten in den Vereinigten Staaten sind dem Kartell nicht angeschlossen.

Internationale Rohstahl-Gemeinschaft.

Der Vertrag der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft (IRG), die im Oktober 1926 gegründet wurde, lief im Jahre 1929 ab. Seitdem ist es nicht gelungen, einen neuen langfristigen Vertrag abzuschließen. Die augenblicklich stattfindenden Verhandlungen scheitern daran, daß zwei belgische Firmen das Zustandekommen eines nationalen Kartells in Belgien verhindern. Ohne dieses kann die belgische Industrie der IRG nicht angeschlossen werden. Belgien hatte im ersten Vertrag der IRG die drittgrößte Quote; seine Beteiligung ist also für das Zustandekommen der IRG erforderlich. Es wird angenommen, daß die beiden Firmen, CLABECQ und Providence, die eine Einigung verhindern, zur Annahme des belgischen Vertragsentwurfes gezwungen werden können, die eine durch die Banken, die andere durch den Staat. Trotzdem ist das Zustandekommen der IRG keineswegs gesichert.

Zinn.

Das einzige internationale Metallkartell, das augenblicklich noch sicher dasteht, ist das Zinnkartell. Seine günstige Lage verdankt es hauptsächlich der Tatsache, daß der größte Teil seiner Produktion in britischen Ländern erzeugt wird. Die Loslösung des Pfund Sterling von der Goldbasis hat also in diesem Kartell keine neuen Gegensätze geschaffen.

Leider ist es ganz unwahrscheinlich, daß aus den krisenverschärfenden Wirkungen der Metallkartelle nun sofort die praktische Folgerung gezogen wird, alles zu tun, um die Kartelle zu bekämpfen. Aber mächtige kapitalistische Gruppen sind in der Aufrechterhaltung nicht nur des Kapitalismus im allgemeinen, sondern gerade bestimmter Rohstoffmonopole im besonderen zu stark interessiert! Außerdem sehen ja bekanntlich weite Kreise von Sozialisten in der Kartellbildung eine begrüßenswerte Vorstufe zum Sozialismus und sind dadurch in der Bekämpfung der kapitalistischen Monopolbildungen in vieler Hinsicht gehemmt. In einem Fall hindert also das Profitinteresse, im anderen Fall das Interesse an einer lieb gewordenen Theorie schon, die Tatsachen zu sehen, und weit mehr noch: aus ihnen zu lernen. Me.

Die „Grüne Front“ fordert Einfuhrkontingentierung.

Die „Grüne Front“ hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie sich bitter darüber beklagt, daß die anderen (!) Staaten wirtschaftspolitische Maßnahmen ergreifen, die den Warenaustausch hemmen. Die „Grüne Front“ schlägt der Reichsregierung vor, eine Kontingentierung der Einfuhr vorzunehmen. Die Herren machen dies der Reichsregierung sogar sehr leicht: sie haben schon einen genauen Tarif für ein Kontingentierungssystem ausgearbeitet und erklären sich liebenswürdiger Weise jederzeit bereit, der Regierung das Ergebnis dieser Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Alles, was noch zu tun übrig bleibt, ist also, daß der Reichspräsident seine Unterschrift darunter setzt.

Arbeitsbeschaffung?

Im wirtschaftspolitischen Ausschuß des deutschen Reichswirtschaftsrats berät man über Arbeitsbeschaffung. Immer das alte Lied! Als „Arbeitsaufgaben“ wurden genannt: Spezialaufgaben für Reichsbahn, Reichspost, Straßenbau, Meliorationen. — Ist es eigentlich unmöglich, daß einigermaßen mit geistigen Kräften ausgestattete Wesen, wenn sie sich um einen grünen Tisch herumsetzen, überlegen, was heute in Deutschland fehlt? Und daß sie dann darauf kommen, daß es Millionen ihrer Mitmenschen am Lebensnotwendigsten fehlt und erst in aller, allerletzter Linie an der Möglichkeit, unter einer neuen Eisenbahnunterführung durchzuspazieren und auf einem neuen Postamt Briefmarken zu kaufen?

DEUTSCHLAND

37 Prozent Dividende: Auch das gibt es noch in Deutschland. Die Akkumulatoren-Fabrik A. G. Berlin-Hagen verteilt 12 Prozent Dividende, außerdem 25 Prozent Bonus (Vergütung) aus Reingewinn (8 Millionen Mark) und Reserven. Die Firma beschäftigt 4500 Arbeiter. Diesen und den 1800 während der letztvergangenen zwei Jahren entlassenen Arbeitern macht diese Ausschüttung von 37 Prozent hoffentlich das Wesen der heutigen „Volksgemeinschaft“ restlos klar!

Kreditrückzahlung der Reichsbank: Wie die Biz bekannt gibt, hat die Reichsbank am 4. März 10 Millionen Dollar des ihr von den Notenbanken und der Biz gewährten Kredits von 100 Millionen zurückgezahlt. Die restlichen 90 Millionen Dollar sind um drei Monate verlängert worden.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist zum 8. März einberufen worden. Man erwartet eine Diskontsenkung auf 6 Prozent.

Anfang Februar betrug die Zahl der arbeitslosen Baufach- und Bauhilfsarbeiter 972 590. Unter Hinzurechnung der Arbeitslosen aus der Baustoffindustrie, des Baustoffhandels und anderer im Zusammenhang mit der Bauwirtschaft stehender Gewerbe entfallen auf die Bauwirtschaft etwa eineinhalb Millionen Arbeitslose.

Krupp: Verlust im Geschäftsjahr 1930/31: fast 11 Millionen Mark. Im Gegensatz zum Stahlverein wird fast ebenso viel abgeschrieben wie im Vorjahr (rund 15 Millionen Mark). Bankschulden: 43 Millionen Mark. Ihnen stehen große flüssige Mittel gegenüber: Kasse, Postscheckguthaben, Reichsbankguthaben, Schecks und Wechsel: 19 Millionen Mark; Bankguthaben: 13,6 Millionen Mark. Das Unternehmen hat also wohl ausreichend flüssige Mittel; kein Wunder übrigens bei der Schrumpfung des Geschäfts: Bei Krupp und Tochtergesellschaften waren zu Ende des Geschäftsjahres nur noch 44 000 Personen beschäftigt, gegenüber 68 000 im Jahre 1929. In der Essener Gußstahlfabrik ist die durchschnittliche Jahreserzeugung der Stahlbetriebe auf 50 Prozent, der Schmied- und Walzwerke auf 40 und 35 Prozent der Leistungsfähigkeit gesunken (alles im Geschäftsjahr, das am 30. September abschloß). Von 10 Hochöfen der Friedrich-Alfred-Hütte standen am Anfang des Geschäftsjahres 4, später nur noch 3 unter Feuer.

Leipziger Messe: Die Zahl der Aussteller beträgt 8000, sie hat sich gegenüber dem Vorjahr zur allgemeinen Überraschung nur um 15 Prozent vermindert.

Die Zahl der ausländischen Besucher der Leipziger Messe hat gegenüber dem Vorjahr stark abgenommen. Aus Frankreich und der Schweiz rechnet man mit einer Abnahme von rund einem Drittel, die Zahl der englischen Besucher ist von 2600 auf etwa 800 zurückgegangen; Einkäufer aus den Vereinigten Staaten fehlen fast völlig.